

mit Schwerpunkt Innovationen

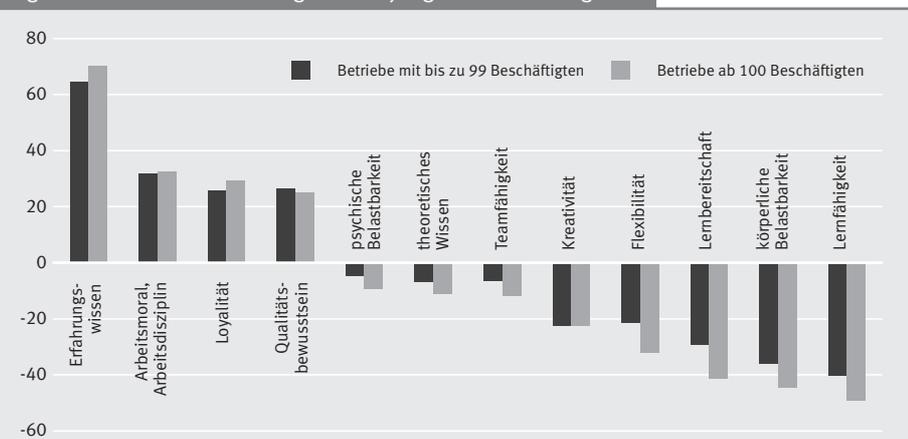
Beschäftigung älterer Arbeitnehmer: Fakten zählen mehr als Einschätzungen

Im internationalen Vergleich liegt die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer in Deutschland auf niedrigem Niveau. Neben den sozialrechtlichen Regeln bei der Frühverrentung werden hierfür oft Vorurteile der Personalabteilungen in den Betrieben verantwortlich gemacht, wonach Ältere wenig innovativ und belastbar und obendrein zu teuer seien. In einer neuen Studie des ZEW zeigt sich, dass die Einschätzungen der Personalverantwortlichen die betriebliche Altersstruktur allenfalls zum Teil erklären. Von signifikantem Einfluss sind hingegen das Alter des Betriebs, der Stand der Technologie und das Vorhandensein einer betrieblichen Interessenvertretung.

satz enthaltenen Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten ihren älteren Arbeitnehmern zwar Defizite bei Belastbarkeit, Lernbereitschaft und Flexibilität. Bei Erfahrung, Qualitätsbewusstsein und Loyalität hingegen sind sie jüngeren Beschäftigten überlegen (siehe Grafik). Über alle abgefragten Eigenschaften hinweg ergibt sich kein signifikanter Nachteil älterer Beschäftigter in der Wahrnehmung der Personalverantwortlichen. Dies gilt selbst dann, wenn die Angaben damit gewichtet werden, welchen Stellenwert die jeweilige Eigenschaft im Anforderungsprofil des Betriebs hat.

Eine multivariate Analyse des Anteils der über 50-Jährigen im Betrieb zeigt, dass die Einschätzung von Personalverantwortlichen gegenüber älteren Beschäftigten nur in kleineren Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten einen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag für die betriebliche Altersstruktur liefert. Die Personalverantwortlichen in

Eigenschaften älterer im Vergleich zu jüngeren Beschäftigten



Lesehilfe: Die Grafik zeigt den Prozentanteil der Betriebe, die die Eigenschaft eher älteren Arbeitnehmern zuschreiben, abzüglich dem Prozentanteil derer, die die Eigenschaft eher jüngeren Arbeitnehmern zuschreiben. Die Eigenschaft „Arbeitsmoral“ wird von 35 Prozent der Betriebe mit bis zu 99 Beschäftigten eher den Älteren und von 3 Prozent eher den Jüngeren zugeordnet, während 62 Prozent keinen Unterschied sehen. Als Differenz ergeben sich die dargestellten 32 Prozent.
Quelle: IAB Betriebspanel 2002, Regionalstichprobe für Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

Die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer wird einerseits durch die Arbeitsangebotsentscheidung der einzelnen Arbeitnehmer bestimmt, für die insbesondere rentenrechtliche Regelungen maßgeblich sind, andererseits durch die betriebliche Personalpolitik. Nach gängiger Meinung kann der relativ geringe Beschäftigungsgrad Älterer nicht zuletzt dadurch erklärt werden, dass viele Perso-

nalverantwortliche eine schlechte Meinung über Leistungsfähigkeit und Engagement älterer Beschäftigter haben.

Eine Untersuchung des ZEW auf der Grundlage des IAB-Betriebspanels für Baden-Württemberg für 2002 offenbart zunächst eine differenzierte Einschätzung der Stärken und Schwächen älterer Arbeitnehmer. So attestieren die Personalverantwortlichen der 800 im Daten-

IN DIESER AUSGABE

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer: Fakten zählen mehr als Einschätzungen . . .	1
Verhaltene Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft	3
PISA: Finnisches System könnte Leistungen deutscher Schüler verbessern . . .	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand: Integration der Finanzmärkte in Europa . . .	5
ZEW intern	2, 6
Expertenseminare; Neuerscheinungen . . .	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

größeren Betrieben verfügen nicht über einen genügend hohen Spielraum, die Altersstruktur an ihre Einschätzungen anzupassen. Größere Betriebe weisen eine im Vergleich zu kleinen Betrieben eine geringere Rate an freiwilligen Abgängen auf. Daher können Ältere durch den natürlichen Fluktuationsprozess nicht im gewünschten Ausmaß durch Jüngere ersetzt werden. Des Weiteren unterliegen größere Betriebe restriktiveren Kündigungsvorschriften als kleinere.

Für die Erklärung des Anteils der Beschäftigten über 50 Jahre sind betriebliche Charakteristika wichtiger als die Einschätzung der Eigenschaften älterer Beschäftigter. So beschäftigen nach 1990 gegründete Betriebe signifikant weniger ältere Arbeitnehmer als schon länger bestehende. Ebenso ist der Anteil mindestens 50-jähriger Arbeitnehmer geringer

in Betrieben, deren Anlagen auf dem neuesten technischen Stand sind. Hierin kommt die Komplementarität zwischen neuen Technologien und frisch erworbenen Kenntnissen zum Ausdruck. Betriebe mit einem Betriebsrat beschäftigen dagegen im Durchschnitt mehr Ältere als Betriebe ohne eine solche Interessenvertretung. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass der Betriebsrat durch seine Mitspracherechte den Kündigungsschutz verstärkt. Der Einfluss der Lohnrelation zwischen Älteren und Jüngeren konnte aufgrund des Erhebungsdesigns nicht direkt untersucht werden. Daher kann die Hypothese, dass Betriebe aus Kostengründen keine älteren Arbeitnehmer beschäftigen, nicht direkt geprüft werden.

Insgesamt lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass die Beschäftigung

älterer Arbeitnehmer stark durch institutionelle Restriktionen (etwa Kündigungsschutz, Betriebsrat) bestimmt ist und weniger durch die aktive Gestaltung der betrieblichen Altersstruktur durch die Betriebe. Angesichts der demographischen Entwicklung und der daraus folgenden Erhöhung des Durchschnittsalters der Erwerbstätigen wird es jedoch für den einzelnen Betrieb und gesamtwirtschaftlich immer wichtiger werden, personalpolitische Strategien zu entwickeln, die die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer für die Betriebe lohnender macht, als sie es derzeit ist. Insbesondere der Fortentwicklung der technischen Kenntnisse durch Weiterbildungsmaßnahmen dürfte dafür eine besondere Bedeutung zukommen.

*Dr. Bernhard Boockmann, boockmann@zew.de
Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de*

ZEW INTERN

ZEW ab 2005 Institut der Blauen Liste

Das ZEW wird nach dem Beschluss der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom November 2003 und der im März 2004 erteilten Zustimmung der Regierungschefs von Bund und Ländern zum 1. Januar 2005 in die gemeinsame Bund-Länder-Forschungsförderung („Blaue Liste“) einbezogen. Damit verbunden ist die Mitgliedschaft in der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. Nach einer Evaluation mit exzellentem Ergebnis hatte der Wissenschaftsrat bereits 1999 die Aufnahme des ZEW in die Blaue Liste empfohlen.

In seiner Bewertung der Forschungsarbeit des ZEW war sich der Wissenschaftsrat einig, dass sich das Institut seit seiner Gründung 1991 zu einem Kompetenzzentrum für die anwendungsbezogene empirische Wirtschaftsforschung entwickelt habe. Mit seinem Forschungsprofil sei das ZEW ein kompetenter Diskussions- und Kooperationspartner für Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie ein gefragter Anbieter wirtschaftspolitischer Beratung.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrats wird nun nach dem Vorliegen des

notwendigen finanziellen Spielraums zum 1. Januar 2005 Realität. Gerhard Stratthaus, Finanzminister des Landes Baden-Württemberg und Vorsitzender des Aufsichtsrats am ZEW, sagte: „Dies ist eine großartige Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeit des ZEW und belegt, dass sich die unter anderem auf Initiative der Landesregierung gegründete Forschungseinrichtung in die Spitzengruppe der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vorgearbeitet hat.“

In der Leibniz-Gemeinschaft sind derzeit 80, mit dem ZEW und weiteren drei neu hinzukommenden dann 84 rechtlich

und wirtschaftlich eigenständige Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Forschung in Deutschland zusammengeschlossen. Gemeinsames Charakteristikum ist neben der Kofinanzierung aller Institute durch Bund und Länder die überregionale Bedeutung und das zukunftsweisende Arbeiten im gesamtstaatlichen Interesse.

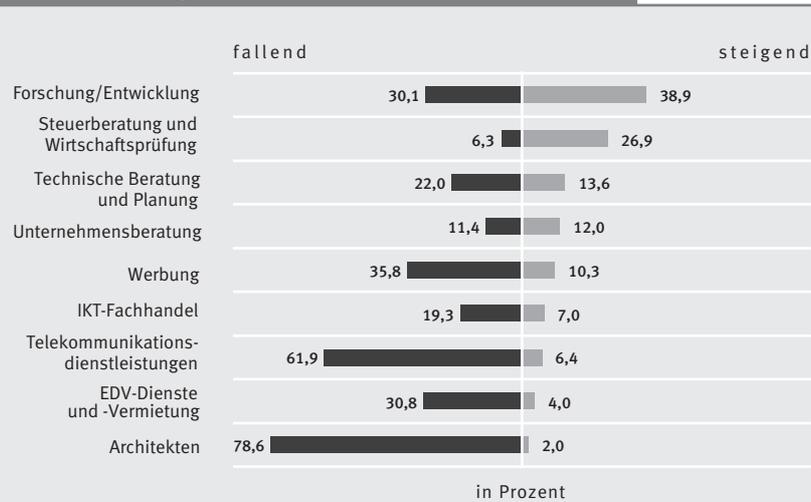
Mit der Aufnahme des ZEW in diese Förderung geht die bisher ausschließlich vom Land Baden-Württemberg getragene Zuschussfinanzierung – sie betrug im Jahr 2003 rund 5,9 Millionen Euro (= 50 Prozent des Gesamtbudgets) – ab 2005 in die gemeinsame Finanzierung Bund/Länder über. Dies bedeutet, dass zukünftig der Bund 50 Prozent des erforderlichen Zuschussbedarfs, das „Sitzland“ Baden-Württemberg rund 44 Prozent und die übrigen Bundesländer rund sechs Prozent tragen werden.

Ernst-O. Schulze, schulze@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Verhaltene Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft

Personalerwartungen im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft im ersten Quartal 2004



Lesehilfe: 10,3 Prozent der Werbefirmen erwarten, dass sich ihr Personalbestand verbessern wird. Dagegen geben sich 35,8 Prozent der Werbefirmen eher pessimistisch und glauben, dass die Beschäftigung in den nächsten drei Monaten zurückgehen wird. Quelle: ZEW/Creditreform

Im ersten Quartal 2004 beträgt der Wert des ZEW-IDI 55,4 Punkte. Im vierten Quartal 2003 hatte der Ende vergangenen Jahres eingeführte Stimmungsdikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft noch einen Wert von 58,4 Punkten erreicht. Dies ergibt die aktuelle Konjunkturumfrage von ZEW und Creditreform bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft.

Der Teilindikator des ZEW-IDI, der wiedergibt, wie die Unternehmen die aktuelle Geschäftslage bewerten, liegt im ersten Quartal 2004 bei 51,8 Punkten (Vorquartal 52,7 Punkte). Der Teilindikator, der die Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2004 ausweist, liegt bei 59,1 Punkten (Vorquartal 64,8 Punkte). Die Geschäftserwartungen sind gegenüber dem vierten Quartal 2003 somit stärker zurückgegangen als die Bewertung der aktuellen Geschäftslage. Dennoch eilt der Indikator für die Geschäftserwartungen noch immer dem In-

dikator für die Geschäftslage voraus und zeugt somit nach wie vor von einer positiven Grundstimmung bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft.

Dies ist Ergebnis der Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW und der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März und April 2004 durchgeführt haben. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Eine Besserung der Arbeitsmarktlage im Wirtschaftszweig Dienstleister der In-

formationsgesellschaft ist weiterhin nicht in Sicht. Die Erwartungen aus dem vierten Quartal 2003, dass die Beschäftigung im ersten Quartal 2004 stabil bleiben werde, haben sich nicht erfüllt. Der Umsatzanteil der Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen haben, übersteigt im ersten Quartal 2004 um 21 Prozent den Umsatzanteil der Unternehmen, die Mitarbeiter eingestellt haben. Auch bei den Erwartungen für das zweite Quartal 2004 ist der Umsatzanteil der Unternehmen, die damit rechnen Personal entlassen zu müssen, deutlich höher als der Umsatzanteil der Unternehmen, die planen neue Mitarbeiter einzustellen.

Positiver Trend bei Werbeagenturen

Im ersten Quartal 2004 erzielten Werbeagenturen, deren Umsatz im Vergleich zum vierten Quartal 2003 gestiegen ist, etwa 45 Prozent des Branchenumsatzes. Damit setzt sich in dieser Branche, die von der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur besonders stark abhängig ist, seit dem vierten Quartal 2003 ein positiver Wachstumstrend durch. Die Mehrzahl der Werbefirmen rechnet auch für das zweite Quartal 2004 mit steigender Nachfrage. Bei stabilen Preisen gehen die Unternehmen dieser Branche davon aus, dass sich dies positiv auf den Umsatz auswirken wird.

Auch in den Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung und Telekommunikationsdienstleistungen hat sich per Saldo der Umsatz im ersten Quartal 2004 erhöht. Die dynamischste Nachfrageentwicklung im Vergleich zum Vorquartal erlebten die Telekommunikationsdienstleister. Allerdings ist der Preisdruck in dieser Branche so groß, dass die starke Nachfrageentwicklung nur zu moderaten Umsatzsteigerungen führte.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

PISA: Finnisches System könnte Leistungen deutscher Schüler verbessern

In Deutschland schneiden vor allem schwache Schüler im internationalen Vergleich schlecht ab. Ausschlaggebend hierfür sind indessen nicht unzureichende Ressourcen wie zu wenige Lehrer oder Schuleigenschaften wie die zu geringe Verfügungsgewalt der Schulen über ihr Budget. Was vielmehr im deutschen Schulsystem negativ zu Buche schlägt, ist die vergleichsweise wenig effektive Nutzung der bereitgestellten Ressourcen. Dies zeigt eine vergleichende Analyse des Leseverständnisses 15-jähriger deutscher und finnischer Schüler anhand der internationalen PISA-Daten.

In der Analyse wurde Finnland als Vergleichsland gewählt, weil die Testergebnisse finnischer Schüler bei der im Jahr 2000 durchgeführten PISA-Studie mit einem hohen Durchschnittswert und einer geringen Streuung zwischen starken und schwachen Schülern als erstrebenswert gelten. Die Differenz zwischen den Leistungen deutscher und finnischer Schüler beträgt durchschnittlich 54 Punkte, wobei der internationale Durchschnitt der PISA-Studie bei 500 Punkten liegt. Der Abstand zwischen beiden Ländern wird geradezu dramatisch, wenn man jeweils nur das Segment der schlechtesten Schüler miteinander vergleicht. Dagegen nimmt der Unterschied zwischen Deutschland und Finnland mit zunehmendem Leistungsniveau der Schüler deutlich ab. Hier wird das spezifisch deutsche Problem eines starken Auseinanderklaffens der Leistung von guten und schlechten Schülern deutlich.

Die nähere Betrachtung der PISA-Ergebnisse beider Länder im Rahmen der ZEW-Studie zeigt, dass die Leistung deutscher Schüler insgesamt stark von ihren beobachtbaren Charakteristika wie Geschlecht, sozialem Hintergrund und der besuchten Schulform bestimmt wird. In Finnland hingegen haben diese Merkmale einen geringeren Einfluss auf die



Schülerleistung, sodass die eigenen Fähigkeiten der Schüler eher für ihre Leistung entscheidend zu sein scheinen.

Eine eingehende Analyse der möglichen Ursachen der Diskrepanz zwischen den Leistungen finnischer und deutscher Schüler ergibt, dass die messbaren Unterschiede in den Merkmalen des jeweiligen Schulsystems nicht die vergleichsweise schlechte Leistung deutscher Schüler erklären können. So vermag beispielsweise der höhere Einsatz von Ressourcen in Finnland in Form eines geringeren Schüler-Lehrer-Verhältnisses und – gemessen am formalen Bildungsabschluss – besser ausgebildeter Lehrkräfte nicht einmal ein Zehntel der Lücke zwischen den Schülerleistungen in beiden Ländern zu erklären.

Finnland nutzt Ressourcen effektiver

Zu einem weit größeren Teil lassen sich die besseren PISA-Ergebnisse Finnlands mit der unterschiedlichen Effizienz bei der Nutzung der Ressourcen erklären. So werden die eingesetzten Ressourcen in den Schulen, wie etwa die Bildung der Lehrer, in Finnland effektiver genutzt. Würde man das finnische Schulsystem mit seiner besseren Ressourcennutzung auf Deutschland übertragen, so wäre, wie eine Simulation zeigt, zum einen das durchschnittliche PISA-Test-

ergebnis höher. Zum anderen wäre aber auch die Streuung der Ergebnisse geringer. Besonders die schlechten Schüler würden von einer Übernahme der Umsetzung von Merkmalen des finnischen Schulsystems in Schülerleistungen profitieren. Sie wären weniger durch ihren oftmals nachteiligen sozialen Hintergrund beeinträchtigt, weil etwa das selektive deutsche Schulsystem mit drei Schultypen durch das finnische mit nur einem Schultyp ersetzt würde. Wie stark der Unterschied in den Leistungen deutscher und finnischer Schüler hierdurch letztlich verringert werden könnte, muss indessen offen bleiben, da eben nur ein Teil des Unterschieds mit den in der ZEW-Studie beobachteten Faktoren überhaupt erklärt werden kann.

Die Gliederung des Schulsystems in Deutschland führt zu einer größeren Streuung der Schülerleistungen im Vergleich zu Finnland, wo es nur Gesamtschulen gibt. Hierbei lässt sich zwar nicht zwischen dem Effekt der Schulformen an sich und dem Einfluss der Auswahl der Schüler unterscheiden. Wesentlich bleibt aber, dass zur Verbesserung der Leistungen in erster Linie schlechtere Schüler gefördert werden müssen, da die Diskrepanz zwischen ihnen und den deutschen Schülern mit guten PISA-Ergebnissen inakzeptabel groß ist.

Andreas Ammermüller, ammermueller@zew.de

Deutsche Bank-Chef Ackermann zur Integration der Finanzmärkte in Europa

Im Rahmen der Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand sprach am 29. März 2004 der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Dr. Josef Ackermann, zum Thema „Integration der europäischen Finanzmärkte“. Zu dieser Veranstaltung konnte ZEW-Präsident Prof. Wolfgang Franz fast 500 Zuhörerinnen und Zuhörer begrüßen.

Ackermann führte aus, dass der Grad der Integration des europäischen Finanzmarkts in den vergangenen Jahren

ihre europäischen Wettbewerber. Die hohe Profitabilität des US-Bankensystems sei nicht zuletzt der insgesamt besseren wirtschaftlichen Entwicklung der USA zu verdanken. Die europäischen Banken hätten aber auch wegen der relativen Unreife und der Fragmentierung der EU-Kapitalmärkte einen Nachteil gegenüber ihren US-Wettbewerbern. So könnten diese etwa den größten integrierten Finanz- und Kapitalmarkt der Welt ihren Heimatmarkt nennen. Dieser biete ihnen Zugang zu einem

Widerstand gegen ökonomisch sinnvolle Lösungen nachhaltig überwinden.

Ackermann forderte, die Kritik an der unzulänglichen Integration richtig zu adressieren. Die Regierungen seien zwar für viele der noch bestehenden Hemmnisse verantwortlich, etwa für die mangelnden Fortschritte bei der Harmonisierung der steuerlichen Vorschriften. Aber es seien keineswegs nur die Regierungen, die die Verantwortung trügen. Es sei nicht einmal erstrebenswert, dass sie stets tätig würden. Großen Anteil am Aufbau der Infrastruktur für einen integrierten europäischen Finanzmarkt hätten vielmehr auch private, gewinnorientierte Unternehmen. Wenn man akzeptiere, dass die Integration in hohem Maße ein marktgetriebener Prozess sei, müsse man allerdings auch akzeptieren, dass dieser eine gewisse Zeit beanspruche.

In Europa zeichnet sich Integrationsmüdigkeit ab

Zum Schluss seines Vortrags bedauerte Ackermann, dass sich eine gewisse Integrationsmüdigkeit abzeichne. Er sehe die Gefahr einer Allianz derjenigen, die ihre angestammten Märkte weiter abschotten wollten, mit jenen, die den Prozess der Schaffung supranationaler Strukturen ablehnten, etwa in der Finanzaufsicht. Hinzu komme noch die Gruppe derer, die aufgrund der Frustration mit einzelnen Regulierungswerken den gesamten Prozess in Frage stellten.

Zweifelsohne sei auch die Deutsche Bank mit so mancher gesetzlichen Bestimmung nicht zufrieden. Es solle aber vermieden werden, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ackermann warnte vor der Gefahr, dass notwendige Schritte für eine weitere Marktintegration verpasst würden – und damit auch die mit dieser Integration verbundenen Wohlfahrtseffekte.

Katrin Vofß, voss@zew.de



von links: Jürgen Strube (UNICE), Ernst-O. Schulze (ZEW), Josef Ackermann (Deutsche Bank AG), Wolfgang Franz (ZEW)

deutlich gestiegen sei. Bereits stark integriert seien die Märkte, in denen es eine harmonisierte Regulierung, einheitliche Marktkonventionen, standardisierte Produkte und eine integrierte Infrastruktur gebe. Von einem vollständig integrierten Finanzmarkt sei man allerdings noch weit entfernt.

Ackermann vertrat die Meinung, dass das Ziel, einen integrierten Finanzmarkt zu schaffen, motiviert sei durch die Aussicht auf substantielle Wohlfahrtsgewinne. Gleichzeitig hätten es europäische Finanzinstitute aufgrund der unvollständigen Finanzmarktintegration schwerer, sich gegen US-Wettbewerber zu behaupten. Die US-Banken seien seit eineinhalb Jahrzehnten erfolgreicher als

wesentlich größeren Geschäftspotenzial im Vergleich zu Europa, außerdem profitierten die US-Banken von Skaleneffekten aufgrund der deutlich höheren Fondsvolumen in den USA.

Ackermann machte deutlich, dass im Vergleich hierzu der nationale Protektionismus bei den Finanzdienstleistungen in Europa zum Teil noch weit verbreitet sei. Denn selbst wenn die europäische Finanzmarktintegration auf lange Sicht die Wohlfahrt steigern, sei sie doch kurzfristig bei einigen Beteiligten mit Wohlfahrtsverlusten verbunden. Umso wichtiger sei es daher, dass die Wissenschaft Argumente in Gestalt harter Berechnungen der potenziellen Wohlfahrtsgewinne liefere. Nur so lasse sich anfänglicher

ZEW INTERN

Amerikanischer Botschafter und Generalkonsul zu Besuch am ZEW



von links: Daniel R. Coats, Wolfgang Franz, Peter Bodde

Am 13. April 2004 begrüßte ZEW-Präsident Prof. Wolfgang Franz den US-Botschafter Daniel R. Coats und den amerikanischen Generalkonsul in Frankfurt, Peter Bodde, am ZEW. Die Diplomaten

führten Gespräche mit Franz und ZEW-Wissenschaftlern über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands und der USA.

EXPERTENSEMINARE

- 10./11.5.2004 Präsentationen individuell gestalten
- 10.5.2004 Verrechnungspreise – Betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Grundlagen
- 11.5.2004 Intensiv-Workshop: Finanzmarkt-Ökonometrie
- 17.5.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung
Workshop 1: IAS/IFRS-spezifische Fragestellungen und Neuerungen (I)
- 24.5.2004 Verrechnungspreise – Aktuelle Problemfelder
- 18.6.2004 Wettbewerbsanalyse
- 28.6.2004 Moderation von Besprechungen, Diskussionen und Projektgruppen
- 1.7.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung
Workshop 2: Ausgliederung von Pensionsverpflichtungen
- 5./6.7.2004 Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-19, Lüders, Erik; Schröder, Michael: Modeling Asset Returns: A Comparison of Theoretical and Empirical Models.

No. 04-20, Boeters, Stefan; Feil, Michael; Gürtzgen, Nicole: Discrete Working Time Choice in an Applied General Equilibrium Model.

No. 04-21, Elberfeld, Walter: The Subtraction Rule and its Effects on Pricing in the Electricity Industry.

No. 04-23, Fitzenberger, Bernd; Speckesser, Stefan: Eine ökonomische Einordnung der Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der Aktiven Arbeitsmarktpolitik.

No. 04-24, Fitzenberger, Bernd; Wilke, Ralf A.: Unemployment Durations in West-Germany Before and After the Reform of the Unemployment Compensation System during the 1980s.

No. 04-25, Elberfeld, Walter; von Weizsäcker, Carl Christian: Ist der Subtraktionstest ein geeignetes Verfahren zur Ermittlung missbräuchlich überhöhter Netznutzungsentgelte?

No. 04-26, Wilke, Ralf A.: New Estimates of the Duration and Risk of Unemployment for West-Germany.

No. 04-27, Schäfer, Anne; Spengel, Christoph: International Tax Planning in the Age of ICT.

No. 04-28, Westerheide, Peter: Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte. Eine ökonomische Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels.

No. 04-30, Ziegler, Andreas; Rennings, Klaus: Determinants of Environmental Innovations in Germany: Do Organizational Measures Matter? A Discrete Choice Analysis at the Firm Level.

No. 04-31, Buch, Claudia M.; Kuckulenz Anja: Worker Remittances and Capital Flows to Developing Countries.

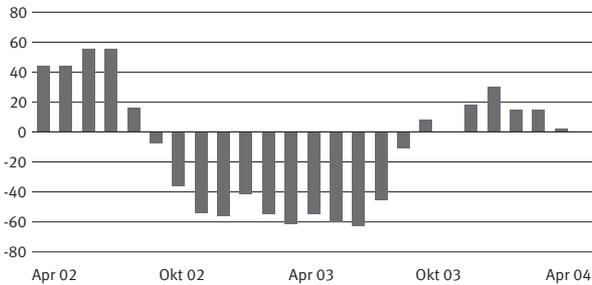
No. 04-32, Tykvová, Tereza; Walz, Uwe: Are IPOs of Different VCs Different?

No. 04-33, Spitz, Alexandra: Are Skill Requirements in the Workplace Rising? Stylized Facts and Evidence on Skill-Biased Technological Change.

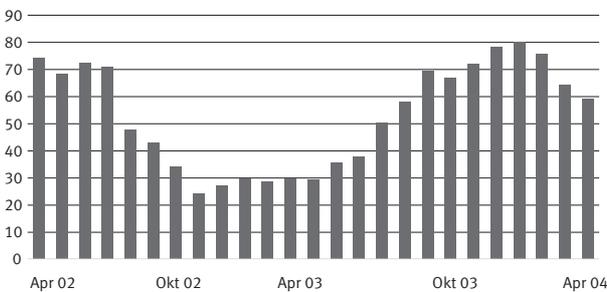
No. 04-34, Maier, Michael; Pfeiffer, Friedrich; Pohlmeier, Winfried: Returns to Education and Individual Heterogeneity.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Inflationsrisiken trotz zögerlichen Wachstums

Der Anteil der Finanzexperten, die im Euroraum eine steigende Inflationsrate erwarten, hat sich im April von 14,5 auf 28 Prozent nahezu verdoppelt. Da die Inflation der Eurozone im März aber bereits bei 1,7 Prozent lag, kommt allmählich die entscheidende Zwei-Prozent-Grenze in den Blick. Eine trotz zögerlichen Aufschwungs weiter anziehende Inflationsrate wird für immer mehr Beobachter auch deshalb wahrscheinlich, weil mit einem wieder moderater bewerteten Euro der hohe Ölpreis stärker auf die Preise in Europa durchschlagen kann.

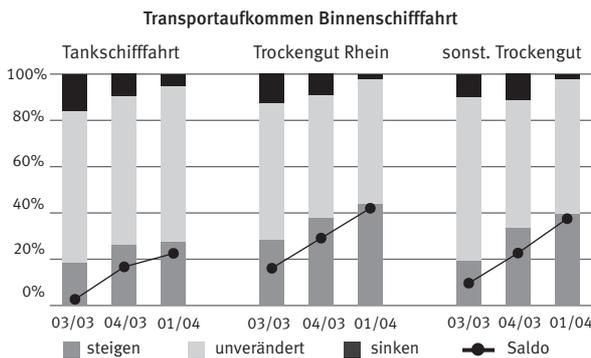
Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Konjunktur im Euroraum: Optimismus schwindet

Die Finanzmarktexperten äußern im April immer stärkere Zweifel an der Nachhaltigkeit der Konjunkturerholung im Euroraum. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten fällt von 64,3 auf 59,1 Punkte. Dieser Pessimismus der Finanzmarktexperten ist eine Enttäuschung vor dem Hintergrund des kräftigen weltweiten Konjunkturaufschwungs, dessen Ende bisher nicht absehbar ist. Europa scheint von dem weltweiten Aufschwung nur eingeschränkt profitieren zu können.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Transportmarktexperten rechnen mit leichtem Aufschwung in der Binnenschifffahrt

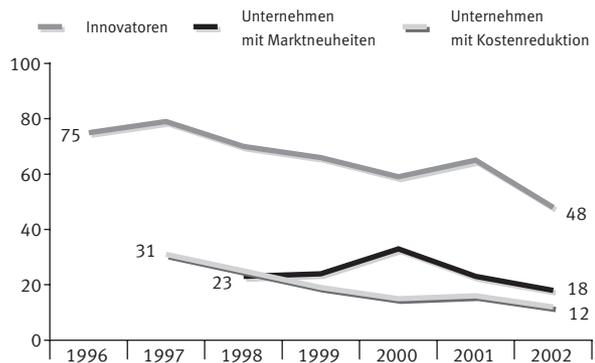


Quelle: ZEW

Seit der Umstellung der Umfrage Anfang 2002 haben noch nie so viele Experten des TransportmarktBarometers von Prog-Trans/ZEW in den Teilmärkten Tankschifffahrt, Trockengut Rhein und sonstiges Trockengut eine Transportmengensteigerung in der Binnenschifffahrt für das nächste Halbjahr erwartet wie bei der aktuellen Umfrage (28 Prozent, 44 Prozent und 40 Prozent je Teilmarkt). Bei der Trockengutschifffahrt ist nach dem schwierigen letzten Jahr ein Aufschwung zu erwarten. Allerdings gehen die meisten Experten von unveränderten Frachtmengen aus (zwischen 54 und 68 Prozent je Teilmarkt).

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Kredit- und Versicherungsgewerbe: Anteil der Innovatoren gesunken



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2003

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe ist von 2001 auf 2002 der Anteil der Unternehmen, die innovative Dienstleistungen und Verfahren eingeführt hatten, stark von 65 Prozent auf 48 Prozent gesunken. Die Innovationsaufwendungen der Branche stiegen dagegen im gleichen Zeitraum von 6,7 Milliarden Euro auf 7,6 Milliarden Euro. Diejenigen Unternehmen, die weiterhin innovativ waren, haben also ihr finanzielles Engagement ausgeweitet. Für das Jahr 2004 rechnen die Unternehmen mit Innovationsaufwendungen in Höhe von ebenfalls 7,6 Milliarden Euro.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Weltmeister

Die zahlreichen Talkrunden im Fernsehen sind vielfach alles andere als ergötlich, aber mitunter lehrreich. Beispielsweise wenn es um die Argumente gegen die hierzulande bereits implementierten oder diskutierten Reformmaßnahmen geht. Besonderer Beliebtheit erfreut sich die Behauptung, mit Deutschlands internationaler Wettbewerbsfähigkeit könne es schon deshalb nicht so schlecht bestellt sein, weil wir ja bekanntlich Exportweltmeister seien. Also läge die Ursache unserer Probleme nicht auf der Angebotsseite, sondern sei einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geschuldet.

Nur Erbsenzähler werden einwenden, wir seien lediglich ExportvizeWeltmeister. Das ist doch auch schon etwas: Haben wir uns nicht über den VizeWeltmeister Deutschland bei der letzten Fußballweltmeisterschaft gefreut? Wie dem auch immer sein mag, leider besagt selbst der Titel „ExportvizeWeltmeister“ nicht viel, und schon gar nicht taugt er als Beleg für eine ungebrochene internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Zumindest die beiden folgenden Überlegungen sollten zu vertieftem Nachdenken anregen.

Erstens ist dieser Titel zu einem Teil der Aufwertung des Euros geschuldet. Das klingt paradox, weil eine Aufwertung der heimischen Währung unsere Exporte im Ausland verteuert und es so gesehen doch eine wahrhaft meisterliche Leistung ist, an der Weltspitze der Exporte zu stehen. Gemach. Wenn die Exporte des vergangenen Jahres der Vereinigten Staaten und Deutschlands in Höhe von fiktiv 100 Dollar beziehungsweise 100 Euro mit einem Dollar/Euro-Wechselkurs von eins umgerechnet werden, stehen sich beide Länder mit 100 Währungseinheiten gleichauf. Wählt man aber den derzeitigen Wechselkurs, sagen wir 1,20 Dollar/Euro, dann belaufen sich die seinerzeitigen Exporte der beiden Länder auf 83 Euro (USA) beziehungsweise 100 Euro (Deutschland) oder 100 Dollar (USA) beziehungsweise 120 Dollar (Deutschland). So einfach kann man Weltmeister werden.

Zweckmäßigerweise sollte man Anteile als Vergleichsmaßstab wählen, dann aber ergibt sich ein nicht unbedingt weltmeisterliches Bild: Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank vom Oktober 2003 sank der Anteil Deutschlands am realen Intra-Export des Euroraums von knapp 30 vH Anfang der 1990er Jahre auf gut 25 vH im vergangenen Jahr (mit Besserungstendenzen Ende der 1990er Jahre). Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Anteil Deutschlands am realen Weltexport. Er sank von knapp 12 vH Anfang der 1980er Jahre auf rund 9 vH, ist seit Mitte der 1990er Jahre jedoch auf gut 10 vH im Jahr 2002 gestiegen.

Zweitens muss deshalb Wasser in den Wein des Export(vize)weltmeisters gegossen werden, weil ein wachsender Anteil der Exporte Deutschlands nicht auf einer hiesigen Wertschöpfung, sondern auf importierten Vorprodukten beruht. In den 1990er Jahren sank der Anteil der exportinduzierten hiesigen Wertschöpfung an den Exporten insgesamt um mehr als zehn Prozentpunkte, nämlich von 72 vH auf knapp 61 vH. Die Automobilindustrie, aber nicht allein sie, stellt dafür ein gutes Beispiel dar. Zahlreiche Einzelteile eines Autos werden im kostengünstigeren Ausland produziert, importiert und hier zusammengesetzt. In der Exportstatistik erscheint indes der Gesamtwert des Autos. Um erst gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Das ist kein Vorwurf gegen den Import von Vorprodukten, selbst wenn dieser auf Grund von Betriebsverlagerungen ins Ausland zustande kommt. Die Bezeichnung „unpatriotisch“ für solche Unternehmen ist völlig deplaziert, um es freundlich auszudrücken. Wenn schon, dann gebührt dieses Adjektiv beispielsweise der Steuer- und Lohnpolitik, die mitverantwortlich für den Exodus inländischer Arbeitsplätze sind.

Es wäre verhängnisvoll, wollte man sich hierzulande auf den Lorbeeren eines tatsächlichen oder vermeintlichen Exportweltmeisters ausruhen und zur Tagesordnung übergehen. Das sollten sich die Arbeitnehmer von Populisten nicht einreden lassen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004